



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Sozialversicherungen BSV**

---

# **Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung**

Angleichung der EO-Leistungen

---

Bern, 16. April 2025

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Ausgangslage .....</b>	<b>3</b>
<b>2. Inhalt der Vorlage.....</b>	<b>3</b>
2.1 Angleichung der Leistungen.....	3
2.2 Verlängerung der Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt der Mutter.....	3
2.3 Betreuungsentschädigung bei Spitalaufenthalt des Kindes.....	3
<b>3. Übersicht über die Vernehmlassung.....</b>	<b>4</b>
<b>4. Ergebnisse der Vernehmlassung .....</b>	<b>5</b>
4.1 Stellungnahme zur Revision als Ganzes .....	5
4.2 Ergebnisse im Einzelnen.....	6
4.2.1 Betriebszulage .....	6
4.2.2 Streichung der Kinderzulage.....	6
4.2.3 Zulage für Betreuungskosten.....	7
4.2.4 Anpassung der EO-Entschädigung .....	8
4.2.5 Verlängerung der Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt der Mutter .....	8
4.2.6 Betreuungsentschädigung .....	9
4.2.7 Koordinationsregeln .....	13
4.3 Stellungnahmen zu den Bestimmungen .....	13
4.4 Weitere Bemerkungen .....	14
4.4.1 Umsetzung der vorgeschlagenen Änderungen .....	14
4.4.2 Finanzierung der vorgeschlagenen Änderungen.....	15
4.4.3 Verschiedenes .....	15
<b>5. Anhang .....</b>	<b>17</b>

## 1. Ausgangslage

Seit Inkrafttreten des Erwerbsersatzgesetzes (EOG; SR 834.1) am 1. Januar 1953 hat sich das System der Erwerbsersatzordnung (EO) stark verändert. Mit dem vorliegenden Entwurf sollen die verschiedenen Leistungen aufeinander abgestimmt und an den gesellschaftlichen Wandel angepasst werden. Zudem werden damit verschiedene parlamentarische Vorstösse, die an den Bundesrat überwiesen wurden, erfüllt: Es handelt sich dabei um die Motionen Maury Pasquier (19.4270) und Marti Min Li (19.4110) «Betriebszulage bei Mutterschaftsentschädigung von Selbstständigerwerbenden»; die Motion Herzog Eva (22.4019) «EO-Entschädigungen. Gleiche maximale Tagessätze bei Militärdienst und Mutterschaft»; die Motion SGK-S (23.3015) «Längeren Spitalaufenthalt der Mutter kurz nach der Geburt beim Mutterschaftsurlaub und bei der Mutterschaftsentschädigung angemessen berücksichtigen» sowie die Motion Müller Damian (22.3608) «Betreuungsentschädigung. Betreuung von schwer kranken Kindern im Spital gewährleisten und die Lücke im Vollzug schliessen».

## 2. Inhalt der Vorlage

### 2.1 Angleichung der Leistungen

Gemäss geltendem Recht werden die Kinderzulage, die Betriebszulage und die Zulage für Betreuungskosten, die zusätzlich zur Grundentschädigung gewährt werden, nur an Dienstleistende bezahlt, nicht aber an Personen, die einen über die EO entschädigten Urlaub beziehen. Diese Unterschiede sind mit Blick auf das Gleichbehandlungsgebot nicht mehr gerechtfertigt, weshalb zwecks Harmonisierung alle Nebenleistungen im Rahmen der Revision analysiert wurden. Künftig soll die Betriebszulage für Selbstständigerwerbende (Art. 8 EOG), die heute nur an Dienstleistende ausbezahlt wird, auch an Personen gewährt werden, die einen über die EO entschädigten Urlaub beziehen. Gleiches gilt für die Zulage für Betreuungskosten (Art. 7 EOG). Hingegen soll die Kinderzulage aufgehoben werden (Art. 6 EOG). Sie wurde zu einer Zeit eingeführt, als es noch keine Familienzulagen gab. Ihre Funktion wird heute durch die Familienzulagen erfüllt.

### 2.2 Verlängerung der Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt der Mutter

Die Mutter hat Anspruch auf eine verlängerte Ausrichtung der Mutterschaftsentschädigung, wenn das Neugeborene unmittelbar nach der Geburt mindestens zwei Wochen im Spital bleiben muss. Anspruch auf eine Verlängerung besteht heute nur bei einem Spitalaufenthalt des Neugeborenen, nicht aber, wenn die Mutter hospitalisiert werden muss. Diese ungleiche Handhabung soll beseitigt werden, sodass die Mutterschaftsentschädigung sowohl bei einem verlängerten Spitalaufenthalt des Neugeborenen als auch der Mutter länger ausgerichtet wird. Muss die Mutter also innerhalb der zwei direkt auf die Geburt folgenden Wochen während mindestens zwei Wochen im Spital verbleiben, wird die Mutterschaftsentschädigung um die Dauer des Spitalaufenthalts, höchstens aber um 56 Tage länger ausbezahlt. Dieselben Fristen gelten auch für das Neugeborene.

Wenn die Mutter in den 14 Wochen nach der Niederkunft mindestens zwei Wochen im Spital bleiben muss, verlängert sich der Urlaub des andern Elternteils um die Dauer der Hospitalisierung, höchstens jedoch bis zum 97. Tag ab der Niederkunft (d. h. höchstens 84 zusätzliche Taggelder zu den 14, die bereits als Urlaub des andern Elternteils vorgesehen sind).

### 2.3 Betreuungsentschädigung bei Spitalaufenthalt des Kindes

Die Betreuungsentschädigung soll weiterhin den Erwerbsausfall entschädigen, der während eines Urlaubs entsteht, der wegen einer schweren gesundheitlichen Beeinträchtigung des Kindes bezogen wurde. Der vorliegende Entwurf sieht indes vor, den Anspruch auf Fälle auszuweiten, in denen das Kind an mindestens vier aufeinanderfolgenden Tagen hospitalisiert werden und mindestens ein Elternteil die Erwerbstätigkeit für die Betreuung des Kindes unterbrechen muss. In solchen Fällen gilt die in Artikel 160

EOG definierte schwere Beeinträchtigung nicht. Der Anspruch besteht in diesen Fällen für die Dauer der Hospitalisierung, abzüglich der ersten drei Tage des Spitalaufenthalts, die als Karenzzeit gelten, und der anschliessenden Genesung. Der Urlaub kann während höchstens 14 Wochen bezogen werden, wovon für die Dauer der Genesung höchstens drei Wochen entschädigt werden. Die Dauer der Genesung bedarf einer ärztlichen Bescheinigung. Jede Hospitalisierung begründet einen neuen Anspruch auf Entschädigung und auf Betreuungsurlaub – auch bei mehreren Hospitalisierungen pro Jahr.

### 3. Übersicht über die Vernehmlassung

Die Vernehmlassung dauerte vom 22. Dezember 2023 bis 12. April 2024. Es gingen insgesamt 74 Stellungnahmen ein:

Adressaten	Anzahl eingeladene Teilnehmende	Anzahl Stellungnahmen und Rückmeldungen (ausdrücklicher Verzicht auf eine Stellungnahme)
Kantone	27	26
Politische Parteien und Gruppierungen	10	2
Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete	3	0
Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	8	7
Weitere Organisationen, Durchführungsstellen und interessierte Kreise	50	14
Andere Vernehmlassungsteilnehmende	–	25
<b>Total</b>	<b>98</b>	<b>74</b>

Der vorliegende Bericht informiert über die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens. Die eingegangenen Stellungnahmen sind auf den folgenden Internetseiten öffentlich zugänglich: [www.bsv.admin.ch](http://www.bsv.admin.ch) > Publikationen & Service > Gesetzgebung > Vernehmlassungsverfahren > Abgeschlossene Verfahren oder [www.admin.ch](http://www.admin.ch) > Bundesrecht > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen. Die Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden (mit den in diesem Bericht verwendeten Abkürzungen) ist im Anhang zu finden.

Gleiche oder sehr ähnliche Stellungnahmen wurden abgegeben von **Agile, SHG, IGAB, SGB-FSS, Inclusion Handicap, Insieme Aarau-Lenzburg, Insieme Biel Seeland, Insieme Cerebral GR, Insieme Cerebral ZG, Insieme GE, Insieme JU, Insieme BE, Insieme Rapperswil-Jona, Insieme SH, Insieme Schweiz, Insieme Thun Oberland, Insieme UR, Insieme VS, Insieme VD, Insieme Zürcher Oberland, Procap, Pro Familia** und **Pro Infirmis**.

Die **Expertengruppe Kinder- und Jugendmedizin** und die **FMH** vertreten ähnliche Positionen.

**VS** verweist auf die gemeinsame Stellungnahme von **VVAK** und **KKAK**.

Die **IVSK** verzichtet auf eine Stellungnahme.

## 4. Ergebnisse der Vernehmlassung

### 4.1 Stellungnahme zur Revision als Ganzes

#### *Kantone*

**AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZG** und **ZH** unterstützen die Anpassungen zur Angleichung der EO-Leistungen. **BS** erachtet die vorgeschlagenen Änderungen als sinnvoll, um die einzelnen Leistungen der EO besser aufeinander abzustimmen und die maximale Entschädigung der Mutterschaft derjenigen der Dienstleistung anzupassen. **NW** begrüsst die politischen Bestrebungen, die Leistungen der einzelnen Bereiche einander anzugleichen (Dienst, Elternschaft, usw.) und damit die Gleichbehandlung sicherzustellen.

#### *Politische Parteien*

**Die Mitte** ist der Ansicht, dass die vorgeschlagenen Massnahmen sinnvoll sowie gerechtfertigt sind und dazu beitragen, die Familien angemessen zu unterstützen.

Die **SVP** sieht zwar durchaus die Notwendigkeit, die verschiedenen Bestimmungen der EO anzupassen, lehnt die vorgeschlagene Angleichung der EO-Leistungen aber kategorisch ab. Die **SVP** betont, dass die EO in den letzten Jahren sukzessive ausgebaut worden sei und sich damit immer mehr von ihrer ursprünglichen Bestimmung entfernt habe, den Erwerbsausfall zu entschädigen, der entsteht, weil die Bürgerpflicht erfüllt wird. Die geplante Angleichung der EO-Leistungen geht nach Ansicht der **SVP** vor allem zu Lasten der Dienstleistenden, was nicht akzeptabel sei. Die **SVP** wehrt sich dagegen, dass staatliche Leistungen wie die EO zunehmend für Leistungen ausgehöhlt werden, die mit dem ursprünglichen Zweck nichts mehr zu tun haben. Die **SVP** fordert den Bundesrat auf, diesen ursprünglichen Zweck künftig strikt einzuhalten und eine Erhöhung der Ausgaben durch kostspielige Massnahmen, welche die ohnehin bereits prekäre finanzielle Lage des Bundes weiterhin anspannen, konsequent abzulehnen.

#### *Dachverbände der Wirtschaft*

Der **KFMV** ist mit den vorgeschlagenen Änderungen vollumfänglich einverstanden. **SBV, SGB** und **SGV** unterstützen die Anpassungsvorschläge grundsätzlich. Der **SGV** verlangt allerdings, dass die Angleichung der EO-Leistungen kostenneutral zu erfolgen habe. Sofern das nicht möglich sei, sollte auf diese Reform verzichtet werden. **Travail.Suisse** begrüsst die vorliegende Revision und die damit einhergehende bessere soziale Abdeckung für Arbeitnehmende. Gleichzeitig bedauert der Dachverband jedoch, dass gewisse Leistungen gestrichen werden.

Der **SAV** beurteilt die Änderungen sehr skeptisch; es sei nicht Sinn und Zweck der Sozialversicherungen, jedes erdenkliche Risiko abzudecken. Mit den in der Vorlage vorgesehenen Bestimmungen werde die EO jedoch zu einer Versicherung für alle Lebenslagen.

Aus Sicht des **Arbeitgeberverbands Region Basel** geht die Vorlage viel zu weit und geht weit über den Auftrag des Parlaments hinaus, weshalb er diverse Massnahmen dieser Vorlage entschieden ablehnt.

#### *Weitere Organisationen und andere Vernehmlassungsteilnehmende*

**EKF, EFS, Freikirchen, Suissetec** und **SBLV** begrüssen die Gesetzesvorlage. **Freikirchen** unterstreicht, dass mit dem Entwurf bestehende Lücken in der geltenden Gesetzgebung sinnvoll geschlossen werden können. **Suissetec** unterstützt die Erweiterungen, da sie den Arbeitgeber entlasten, der diese Kosten unter Umständen selbst tragen müsste. Nach Ansicht von **GastroSuisse** werden die verschiedenen Leistungen mit der Vorlage besser aufeinander abgestimmt und an die gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst. **Procap** weist auf den Handlungsbedarf hin.

**VVAK, KKAK, SODK, EKFF, CP** und **FER** sprechen sich für die Angleichung der EO-Leistungen aus. Der **SGB-FSS** begrüsst es, dass die einzelnen EO-Leistungen gleichgestellt werden. **EKFF** und **FER** begrüssen insbesondere das Vorhaben, die Leistungen, die während den über die EO entschädigten Urlauben ausgerichtet werden, an die während dem Dienst ausbezahlten Leistungen anzugleichen. **FER** hebt hervor, dass diese Leistungen die Situation von Eltern verbessern, die unter besonders schwierigen Bedingungen mit einer Krankheit konfrontiert sind.

## 4.2 Ergebnisse im Einzelnen

### 4.2.1 Betriebszulage

#### *Kantone*

**AI, AR, BE, BL, GL, LU, NW, OW, SO, SG, SZ, TI, UR, VD, VS, ZG** und **ZH** unterstützen die Ausweitung des Anspruchs auf Betriebszulagen. **NE** und **VD** befürworten die Ausweitung des Anspruchs auf den Mutterschaftsurlaub.

#### *Politische Parteien*

**Die Mitte** unterstützt die Ausweitung des Anspruchs auf Betriebszulagen, da damit die Gleichstellung im Bereich der sozialen Absicherung von Familien gefördert wird.

#### *Dachverbände der Wirtschaft*

**Arbeitgeberverband Region Basel** erachtet es als sinnvoll, Selbstständigerwerbende in allen bestehenden EO-Konstellationen gleich zu behandeln, weshalb er mit der Ausweitung des Anspruchs auf die Betriebszulage einverstanden ist. **KFMV, SBV, SAV** und **Travail.Suisse** unterstützen die Ausweitung ebenfalls.

#### *Weitere Organisationen und andere Vernehmlassungsteilnehmende*

**VVAK, KKAK, SGB-FSS, Procap** und **Pro Familia** begrüssen die Gleichbehandlung zwischen Dienstleistenden und den übrigen in der EO anspruchsberechtigten Personen. **SODK, EKF, CP, SKG, FER, EFS, SGB-FSS, GastroSuisse, Procap, Pro Familia** und **SBLV** unterstützen die Ausweitung des Anspruchs auf Betriebszulagen auf Personen, die EO-Leistungen beziehen und eine selbstständige Erwerbstätigkeit ausüben. **EKFF** und **Suissetec** begrüssen, dass selbstständigerwerbende Frauen während ihres Mutterschaftsurlaubs künftig ebenfalls Anspruch auf Betriebszulagen haben werden. Auch **GastroSuisse** begrüsst, dass Selbstständigerwerbende die Betriebszulage künftig bei Elternschaft, Adoption oder Betreuung eines gesundheitlich schwer beeinträchtigten Kindes ebenfalls erhalten sollen. Wichtig sei, dass die vorgeschlagenen Änderungen über die aktuellen EO-Ressourcen finanziert werden können und daher keine zusätzlichen Kosten auf die Arbeitgeber bzw. Arbeitnehmenden oder Selbstständigerwerbenden abgewälzt werden.

### 4.2.2 Streichung der Kinderzulage

#### *Kantone*

**AI, AR, BE, BL, GL, LU, NE, NW, OW, SG, SO, SZ, TI, UR, VD, VS** und **ZG** unterstützen die Streichung der Kinderzulagen in der EO.

Gemäss **ZH** muss vor einer Aufhebung der Kinderzulage in der EO zuerst vertieft geprüft werden, auf welche Zulage die Eltern für das jeweilige Kind unabhängig von ihrer persönlichen und beruflichen Situation Anspruch haben.

## ***Politische Parteien***

**Die Mitte** begrüsst die Angleichung von Kinderzulagen und Familienzulagen, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden und den Fokus wieder auf die Unterstützung von Familien zu richten.

Die **SVP** versteht, dass die Ausdehnung der Kinderzulage auf alle EO-Bezügerinnen und -Bezüger keinen Sinn macht und unterstützt diesen Entscheid. Sie verlangt aber, dass die Kinderzulage weiterhin an Dienstleistende ausgerichtet wird.

## ***Dachverbände der Wirtschaft***

**Arbeitgeberverband Region Basel** ist damit einverstanden, dass der Anspruch auf Kinderzulagen vollständig aufgehoben wird, da im heutigen System über die Familienausgleichskassen Kinderzulagen ausgerichtet werden und so Doppelbezüge entstehen, die zwingend vermieden werden müssen. Auch der **KFMV** erachtet die Aufhebung als sinnvoll und ist damit einverstanden. Der **SAV** begrüsst die Aufhebung ebenfalls.

**Travail.Suisse** bedauert die Streichung der Kinderzulage für Dienstleistende. Da die Mutterschafts- und die Vaterschaftsentschädigung 80 Prozent des Einkommens betrage, wäre es auch aus finanzieller Sicht angezeigt, während dieser Zeit eine zusätzliche Kinderzulage, wie Dienstleistende sie bisher erhalten haben, auszubezahlen. **Travail.Suisse** regt an, die Vorlage in dieser Hinsicht zu überarbeiten und dabei die Bedürfnisse der betroffenen Familien ins Zentrum der Überlegungen zu stellen.

## ***Weitere Organisationen und andere Vernehmlassungsteilnehmende***

**SODK** und **FER** unterstützen die Streichung der Kinderzulage ausdrücklich. **VVAK**, **KKAK**, **SKG** und **FER** betonen, dass die Kinderzulage zu einer Überentschädigung bei dienstleistenden Personen und gleichzeitig einer Diskriminierung der anderen EO-Anspruchsberechtigten führte.

**EKF**, **EFS** und **SBLV** bedauern, dass die Kinderzulage aus Kostengründen aufgehoben wird und die Gleichstellung durch eine Nivellierung nach unten erfolgt. Das **CP** spricht sich dafür aus, den Anspruch auf Kinderzulagen beizubehalten und auf andere Versicherungsfälle auszuweiten. Auch die **EFS** sprechen sich dafür aus. Laut **CP** ist das Argument der Harmonisierung mit dem System der Familienzulagen durchaus zulässig, dennoch weist es darauf hin, dass die familiäre Situation von Arbeitnehmenden oder Versicherten Auswirkungen auf ihre soziale Absicherung hat, etwa im Zusammenhang mit der Arbeitslosenversicherung oder gewissen Gesamtarbeitsverträgen.

## **4.2.3 Zulage für Betreuungskosten**

### ***Kantone***

**AI, AR, BE, BL, GL, LU, NE, NW, OW, SG, SO, SZ, TI, UR, VD, VS, ZG** und **ZH** unterstützen die Ausweitung des Anspruchs auf die Zulage für Betreuungskosten.

### ***Politische Parteien***

**Die Mitte** unterstützt die Ausweitung des Anspruchs auf die Zulage für Betreuungskosten, da diese Massnahmen die Gleichstellung im Bereich der sozialen Absicherung von Familien fördern.

### ***Dachverbände der Wirtschaft***

**KFMV** und **Travail.Suisse** erachten die Ausweitung als sinnvoll und sind damit einverstanden.

**Arbeitgeberverband Region Basel** und **SAV** lehnen die Ausweitung des Anspruchs auf die Zulage für Betreuungskosten ab. Denn eine dienstleistende Person erhalte die Zulage für Betreuungskosten, weil die Person wegen des Dienstes abwesend sei und sich nicht mehr um die Kinder kümmern könne. Hingegen seien die Urlaube dafür vorgesehen, den Eltern Zeit für die Kinderbetreuung zu geben. Die EO sei nicht dafür gedacht, allfällige Drittbetreuungskosten während dieser Urlaube zu übernehmen. Es sei

Sache der Eltern, im Bedarfsfall eine anderweitige Lösung für die Betreuung der Kinder zu finden. **Arbeitgeberverband Region Basel** betont, dass für die familienergänzende Kinderbetreuung in der Schweiz die Kantone und Gemeinden zuständig seien. Mit dem Argument «Gleichbehandlung» könne die Ausweitung der Betreuungszulage erst recht nicht punkten, denn sowohl die Lebenssituationen als auch die familienexternen Kinderbetreuungsangebote seien in der Schweiz völlig unterschiedlich ausgestaltet.

#### ***Weitere Organisationen und andere Vernehmlassungsteilnehmende***

**EKFF**, **EFS** und **SBLV** sind der Ansicht, dass mit der Ausweitung der Zulage für Betreuungskosten auf alle anderen EO-Anspruchsberechtigten konsequent das Ziel verfolgt wird, die Leistungen der EO zu vereinheitlichen. **SODK**, **SKG** und **Inclusion Handicap** begrüßen die Ausweitung der Zulage für Betreuungskosten. **CP** und **FER** unterstützen die Ausweitung des Anspruchs auf die Zulage für Betreuungskosten, sofern sie nur für Fälle gilt, bei denen die höheren Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung auf den Eintritt eines Versicherungsfalls zurückzuführen sind. **SKG**, **Inclusion Handicap**, **Procap** und **Pro Familia** begrüßen die Gleichbehandlung, sehen aber einen Anpassungsbedarf. Ihrer Meinung nach darf bei Artikel 16<sup>bis</sup> Absatz 1 EOG nicht einzig vorausgesetzt sein, dass der betreuende Elternteil die erforderliche Kinderbetreuung aus gesundheitlichen Gründen nicht vollumfänglich wahrnehmen kann. Vielmehr müsse ebenfalls berücksichtigt werden können, dass der Elternteil, der das gesundheitlich schwer beeinträchtigte oder hospitalisierte Kind betreut, aufgrund dieser Betreuung nicht mehr in der Lage ist, die erforderliche Kinderbetreuung der Geschwisterkinder (vollumfänglich) wahrzunehmen.

**VVAK** und **KKAK** unterstreichen die Tatsache, dass die Beschränkung der Betreuungskosten auf familienergänzende Betreuung die Art der Kosten, die gedeckt werden können, klärt.

#### **4.2.4 Anpassung der EO-Entschädigung**

##### ***Weitere Organisationen und andere Vernehmlassungsteilnehmende***

Die **EKFF** heisst die vorgeschlagene Angleichung des Höchstbetrags der Entschädigung gut.

Die **SKG** weist darauf hin, dass es weiterhin zu Ungleichbehandlungen kommen kann, wenn an der Festsetzung der Mindestentschädigungen nur für Dienstleistende (vgl. Art. 16 E-EOG) festgehalten wird, und schlägt deshalb vor, bei der Mutterschaftsentschädigung ebenfalls eine Mindestentschädigung einzuführen.

**EKF**, **EFS** und **SBLV** beantragen, dass für Mutterschaft und Militär derselbe Höchstbetrag der Entschädigung pro Tag gelten soll (Angleichung Höchst-Tagessatz bei Mutterschaft an jenen bei Militärdienst).

#### **4.2.5 Verlängerung der Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt der Mutter**

##### ***Kantone***

**AI**, **AR**, **BE**, **BL**, **FR**, **GE**, **GL**, **JU**, **LU**, **NE**, **NW**, **OW**, **SG**, **SO**, **SZ**, **TI**, **VD** und **VS** unterstützen die Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs bei längerem Spitalaufenthalt der Mutter. **NE** begrüsst die Einführung einer zweiwöchigen Frist nach der Niederkunft, um die Anspruchsvoraussetzung zu erfüllen.

**AI**, **AR**, **BE**, **BL**, **GL**, **LU**, **OW**, **SZ** und **TI** unterstützen die Verlängerung des Anspruchs auf die Entschädigung des andern Elternteils.

## **Politische Parteien**

Die Verlängerung der Mutterschaftsentschädigung bei einem längeren Spitalaufenthalt der Mutter oder des Neugeborenen wird von **der Mitte** befürwortet. Nach Ansicht **der Mitte** ist es unbestreitbar, dass sowohl das Neugeborene als auch die Mutter ausreichend Zeit benötigen, um eine stabile Bindung aufzubauen. Ein längerer Aufenthalt im Krankenhaus kann diese entscheidende Phase beeinträchtigen.

## **Dachverbände der Wirtschaft**

**KFMV** und **Travail.Suisse** erachten die Ausweitung der Mutterschaftsentschädigung als sinnvoll und sind damit einverstanden. **Travail.Suisse** begrüsst die Verlängerung des Urlaubs des andern Elternteils und die bereits bestehende Möglichkeit, den Mutterschaftsurlaub bei einem längeren Spitalaufenthalt des Neugeborenen zu verlängern.

Der **Arbeitgeberverband Region Basel** lehnt jegliche Verlängerung des Anspruchs auf Mutterschaftsentschädigung und der Entschädigung des andern Elternteils bei längerem Spitalaufenthalt der Mutter ab. Mit der vorgeschlagenen Verlängerung werde die EO zu einer Versicherung für Krankheit und Unfall während dem Mutterschaftsurlaub bzw. dem Urlaub des andern Elternteils. Der **SAV** lehnt die Verlängerung der Mutterschaftsentschädigung bzw. des Urlaubs des andern Elternteils bei einem längeren Spitalaufenthalt der Mutter ab, weil kein Handlungsbedarf bestehe und es sich um einen Ausbau der Sozialversicherung samt daraus resultierenden Zusatzkosten handle.

Der **SGB** begrüsst die vorgeschlagene Anpassung. Allerdings ist es für den **SGB** nicht nachvollziehbar, wieso sich die Verlängerung der Mutterschaftsentschädigung an anderen Voraussetzungen orientieren soll als die Verlängerung des Urlaubs des andern Elternteils: Die Verlängerung der Mutterschaftsentschädigung aufgrund eines längeren Spitalaufenthalts der Mutter sollte sich bei beiden Elternteilen um die gleiche (maximale) Anzahl Taggelder verlängern.

## **Weitere Organisationen und andere Vernehmlassungsteilnehmende**

**VVAK, KKAK, SODK, EKF, EKFF, CP, SKG, FER, FMH, EFS, SBLV** und **Expertengruppe Kinder- und Jugendmedizin** unterstützen die Verlängerung der Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt der Mutter. Die **SODK** ist der Ansicht, dass die Bedürfnisse von Neugeborenen so besser berücksichtigt werden, wenn die Mutter kurz nach der Geburt länger hospitalisiert werden muss. **VVAK, KKAK, EKF, FMH, EFS, SBLV** und **Expertengruppe Kinder- und Jugendmedizin** begrüssen, dass damit sichergestellt wird, dass das Neugeborene in den ersten Lebenswochen von mindestens einem Elternteil betreut wird.

**SODK, EKF, EFS, EKFF, SKG** und **SBLV** unterstützen die Verlängerung des Urlaubs des andern Elternteils, wenn ein längerer Spitalaufenthalt der Mutter innerhalb von 14 Wochen nach der Geburt erfolgt.

**EKF, EFS, SBLV** beantragen, dass die Mutterschaftsentschädigung aufgrund eines längeren Spitalaufenthalts der Mutter bei beiden Elternteilen um die gleiche (maximale) Anzahl Taggelder verlängert wird (84 Tage analog zu Art. 16k Abs. 5 E-EOG).

Für **VVAK** und **KKAK** macht es Sinn, dass die Hospitalisierung des Neugeborenen für die Verlängerung des Mutterschaftsurlaubes innerhalb von zwei Wochen nach der Geburt erfolgen muss, ebenso die Verlängerung im Falle einer Hospitalisierung der Mutter.

## **4.2.6 Betreuungsentschädigung**

### **Kantone**

**AI, AR, BE, BL, FR, GE, GL, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SO, SZ, TI, VD** und **VS** unterstützen die Ausweitung des Anspruchs auf die Betreuungsentschädigung bei einer Hospitalisierung des Kindes. **BE** und **LU** erachten sie als wichtige Verbesserung.

**AI, AR, GE, GR, LU** und **VD** schlagen vor, dass auch bei Akutsituation nach der Geburt ein Anspruch auf die Betreuungsentschädigung bestehen soll: Das entscheidende Kriterium soll nicht sein, ob der Spitalaufenthalt direkt nach der Geburt erfolgt, sondern ob es sich um einen regulären Spitalaufenthalt nach der Geburt handelt oder nicht. Somit würde ein Entschädigungsanspruch auch bei einem längeren Spitalaufenthalt bestehen, wenn dieser notwendig ist, weil das Kind als Frühgeburt zur Welt kam oder an einem Geburtsgebrechen leidet. Auch **ZH** regt an, dass die Konstellationen erfasst werden, in denen das Kind direkt nach der Geburt für längere Zeit im Spital verbleiben muss. Für **FR** wäre es nicht angezeigt, dass ein längerer Spitalaufenthalt direkt nach der Geburt, der aus palliativen oder kurativen Gründen notwendig ist, keinen Anspruch auf die Betreuungsentschädigung begründet. Das gleiche gilt für Fälle, in denen die Mutter keine Mutterschaftsentschädigung erhält und mit dem Neugeborenen länger als üblich im Spital bleiben muss.

**AR, GE, GR, LU** und **VD** schlagen vor, dass es möglich sein sollte, die Dauer des Anspruchs von 21 Taggeldern, die für die Genesung eines Kindes nach einer Hospitalisierung vorgesehen ist, in begründeten Fällen zu verlängern.

**ZH** regt an, dass die minimale Dauer der Hospitalisierung (von vier) auf sieben Tage erweitert wird. Nach Ansicht von **ZH** würde dies die Umsetzung im Schulbereich erheblich vereinfachen und allgemein den administrativen Aufwand senken.

**ZG** lehnt den Leistungsausbau im Bereich der Betreuungsentschädigung ab. Gemäss **ZG** ist grosse Zurückhaltung angezeigt, weil der Leistungsausbau zwar über die aktuellen EO-Ressourcen, aber gleichwohl über Lohnabzüge finanziert werden und diese im Zusammenhang mit der Finanzierung der 13. AHV-Rente steigen dürften. Ausserdem wären mit der Ausweitung auch leichte Beeinträchtigungen und Bagatellkrankheiten eingeschlossen, was nicht Zweck der EO sein könne, sondern auf privater Basis zu lösen sei (Arbeitsvertrag, einvernehmliche Lösungen mit Arbeitgeber usw.).

Nach Ansicht von **FR** dürfen die verschiedenen Anspruchsgrundlagen für die Betreuungsentschädigung die Umsetzung nicht weiter erschweren; es sollte möglichst nur ein einziges Formular geben.

**GE** schlägt vor, in den Ausführungsbestimmungen Regeln für die Koordinierung zwischen der Betreuungsentschädigung für ein gesundheitlich schwer beeinträchtigtes Kind und jener für ein hospitalisiertes Kind festzulegen. Weiter soll gemäss **GE** jeder Elternteil denselben Tag beziehen können, wie es bereits bei der Betreuungsentschädigung für ein schwer beeinträchtigtes Kind der Fall ist, insbesondere in palliativen und kurativen Situationen. Zudem solle die Möglichkeit bestehen, die Betreuungsentschädigung und die Entschädigung des andern Elternteils in besonderen Fällen gleichzeitig zu beziehen.. Schliesslich spricht sich **GE** für eine breite Auslegung des Begriffs «Spitalaufenthalt» aus, indem die Definition des Kreisschreibens über Hilflosigkeit übernommen wird.

### ***Politische Parteien***

**Die Mitte** begrüsst die vorgeschlagene Änderung hinsichtlich der Betreuungsentschädigung bei Hospitalisierung gesundheitlich schwer beeinträchtigter Kinder. Ein Krankenhausaufenthalt eines Kindes kann gemäss **der Mitte** gravierende Auswirkungen auf das Familienleben haben. Die Entschädigung für betreuende Eltern ab einer Hospitalisierung von vier Tagen stellt sicher, dass die Familie in dieser herausfordernden Zeit angemessen unterstützt werden kann.

### ***Dachverbände der Wirtschaft***

Der **KFMV** erachtet die Ausweitung als sinnvoll und ist damit einverstanden.

**Travail.Suisse** und **SGB** befürworten es ausdrücklich, dass Eltern Anspruch auf Betreuungsentschädigung haben sollten, wenn ihre Kinder mindestens vier Tage hospitalisiert sind und Betreuung benötigen. Dieser Vorschlag trage dazu bei, dass Eltern und Arbeitgeber rasch Klarheit über den Anspruch auf Betreuungsentschädigung erhalten. Die konkrete Ausgestaltung sei im Entwurf des Bundesrats aber zu restriktiv. **Travail.Suisse** und **SGB** schlagen vor, die Definition des Spitalaufenthaltes so zu formulieren,

dass auch stationäre medizinische Aufenthalte wie Reha und Psychiatrie einen Anspruch auf Betreuungsschädigung begründen können. Allerdings sollte die Betreuungsschädigung aus Sicht von **Travail.Suisse** von beiden Eltern gleichzeitig bezogen werden können, insbesondere in palliativen oder kurativen Fällen oder wenn sich die Eltern während des Spitalaufenthalts des Kindes um dessen Geschwister kümmern müssen. Der **SGB** ist der Ansicht, dass jeder ärztlich indizierte Spitalaufenthalt nach der Geburt eines Kindes eine Leistungspflicht auslösen sollte und die maximale Genesungsdauer bei Bedarf durch ein ärztliches Attest verlängerbar sein müsste. Eine absolute maximale Leistungsdauer lehnt der **SGB** ab.

Der **Arbeitgeberverband Region Basel** hat zwar ein gewisses Verständnis dafür, dass die heute geltende Regelung als zu starr angesehen wird, lehnt die Ausweitung aber klar ab. Denn die Ausweitung entspreche nicht dem ursprünglichen Willen des Parlaments und habe zudem eine grosse finanzielle Mehrbelastung der EO zur Folge. Der **Arbeitgeberverband Region Basel** betont, dass der ursprüngliche Wille des Parlaments vorsah, Kinder mit Geburtsgebrechen oder Behinderung auszuschliessen. Es müsse sichergestellt werden, dass sich IV-Leistungen nicht mit EO-Leistungen überschneiden. Die geplante Ausweitung würde dazu führen, dass auch normale, planbare Operationen oder andere, nicht schwerwiegende Spitalaufenthalte von Kindern einen Anspruch begründen würden.

Der **SAV** lehnt die Änderung bezüglich Betreuungsschädigung ab: Der Anspruch werde neu an die Dauer des Spitalaufenthaltes geknüpft, worauf das Parlament bei der Einführung der Betreuungsschädigung bewusst verzichtet hatte. Zudem würde die Komplexität des Betreuungsurlaubs bei einer Hospitalisierung weiter erhöht. Eine Ausweitung des Bezückerkreises auf leichte und mittelschwere Beeinträchtigungen würde zudem zu einem erheblichen Kostenanstieg bei der EO führen, was angesichts der enormen finanziellen Herausforderungen der Sozialwerke verhindert werden müsse.

### **Weitere Organisationen und andere Vernehmlassungsteilnehmende**

**Procap, Pro Infirmis, FMH** und **Expertengruppe Kinder- und Jugendmedizin** begrüssen die Anpassungen bei der Betreuungsschädigung. **VVAK, KKAK, SODK, EKF, IGAB, EKFF, CP, SKG, FER, EFS** und **SBLV** unterstützen die Ausweitung des Anspruchs auf Betreuungsschädigung bei einem Spitalaufenthalt des Kindes. **EKF, SKG, EFS** und **SBLV** fügen hinzu, dass die Betreuungsschädigung bei Hospitalisierung des Kindes die Situation für die Eltern und ihre Arbeitgeber klärt und eine einheitliche Entschädigung bietet. Gemäss **SODK** wird das Bedürfnis von gesundheitlich beeinträchtigten Kindern, ihre Eltern während eines Spitalaufenthalts bei sich zu haben, besser berücksichtigt.

**Agile, SHG, IGAB, SGB-FSS, Inclusion Handicap, Insieme Aarau-Lenzburg, Insieme Biel Seeland, Insieme Cerebral GR, Insieme Cerebral ZG, Insieme GE, Insieme JU, Insieme BE, Insieme Rapperswil-Jona, Insieme SH, Insieme Suisse, Insieme Thun Oberland, Insieme UR, Insieme VS, Insieme VD, Insieme Zürcher Oberland, Procap, Pro Familia** und **Pro Infirmis** begrüssen die Lösung zweier Anspruchswege für die Betreuungsschädigung (Hospitalisierung plus Genesung und schwere gesundheitliche Beeinträchtigung). Ihrer Ansicht nach kann dies mit ein paar notwendigen Anpassungen zu einer deutlich besseren Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Betreuung kranker Kinder führen. Sie begrüssen insbesondere, dass bei einem erneuten Spitalaufenthalt von mindestens vier Tagen wiederum ein Anspruch auf eine Betreuungsschädigung wegen Spitalaufenthalt entsteht. Positiv werten sie zudem, dass die Betreuungsschädigung wegen schwerer gesundheitlicher Beeinträchtigung an die Betreuungsschädigung wegen Spitalaufenthalt anschliessen kann, so dass auf eine veränderte Situation reagiert werden kann.

Gemäss **FMH** und **Expertengruppe Kinder- und Jugendmedizin** vereinfacht das Kriterium der vier aufeinanderfolgenden Tage sowohl die Prüfung des Anspruchs als auch die Durchführung und schafft Rechtssicherheit.

Nach Ansicht von **VVAK** und **KKAK** würden die neuen Anspruchsbedingungen unweigerlich zu zahlreichen Fragen bezüglich der Anspruchskonkurrenz führen, wenn die Eltern die Entschädigungen gleichzeitig beziehen wollen.

Für **Agile, SHG, IGAB, SGB-FSS, Inclusion Handicap, Insieme Aarau-Lenzburg, Insieme Biel Seeland, Insieme Cerebral GR, Insieme Cerebral ZG, Insieme GE, Insieme JU, Insieme BE, Insieme Rapperswil-Jona, Insieme SH, Insieme Suisse, Insieme Thun Oberland, Insieme UR, Insieme VS, Insieme VD, Insieme Zürcher Oberland, Procap, Pro Familia und Pro Infirmis** ist hingegen nicht akzeptabel, dass ein Spitalaufenthalt direkt nach der Geburt generell keinen Anspruch auf eine Betreuungsentschädigung begründen soll, wenn die Mutter keine Mutterschaftsentschädigung erhält und zusammen mit dem Neugeborenen länger als üblich hospitalisiert werden muss. Das gleiche gilt für Fälle, in denen das Neugeborene nach der Geburt länger als üblich hospitalisiert ist und es zuhause Geschwisterkinder zu betreuen gilt. **SODK, EKF, FMH, EFS, SBLV** und **Expertengruppe Kinder- und Jugendmedizin** schlagen vor, dass auch bei Akutsituationen nach der Geburt ein Anspruch auf die Entschädigung besteht. Das entscheidende Kriterium soll gemäss **SODK** nicht sein, ob der Spitalaufenthalt direkt nach der Geburt erfolgt, sondern ob es sich um einen regulären Spitalaufenthalt nach der Geburt handelt oder nicht. Somit würde ein Entschädigungsanspruch auch bei einem längeren Spitalaufenthalt bestehen, wenn dieser notwendig ist, weil das Kind als Frühgeburt zur Welt kam oder an einem Geburtsgebrechen leidet.

**Agile, SHG, IGAB, SGB-FSS, Inclusion Handicap, Insieme Aarau-Lenzburg, Insieme Biel Seeland, Insieme Cerebral GR, Insieme Cerebral ZG, Insieme GE, Insieme JU, Insieme BE, Insieme Rapperswil-Jona, Insieme SH, Insieme Suisse, Insieme Thun Oberland, Insieme UR, Insieme VS, Insieme VD, Insieme Zürcher Oberland, Procap, Pro Familia und Pro Infirmis** sind zudem der Ansicht, dass ein gleichzeitiger Taggeldbezug beider Elternteile in palliativen und kurativen Situationen notwendig ist. Denn die Präsenz der Eltern bei einem sterbenden Kind, beim Erlernen der Betreuung und Pflege nach einer schweren Krankheit oder einem Unfall kann bei Kindern aller Altersgruppen notwendig sein.

Gemäss **Inclusion Handicap** und **Procap** soll der Bundesrat insbesondere die Kompetenz erhalten, die Anspruchsvoraussetzungen zu regeln, wenn die Eltern für den gleichen Tag ein Taggeld beziehen wollen.

**Agile, SHG, SODK, IGAB, FMH, SGB-FSS, Inclusion Handicap, Insieme Aarau-Lenzburg, Insieme Biel Seeland, Insieme Cerebral GR, Insieme Cerebral ZG, Insieme GE, Insieme JU, Insieme BE, Insieme Rapperswil-Jona, Insieme SH, Insieme Suisse, Insieme Thun Oberland, Insieme UR, Insieme VS, Insieme VD, Insieme Zürcher Oberland, Procap, Pro Familia, Pro Infirmis und Expertengruppe Kinder- und Jugendmedizin** schlagen vor, dass die für die Genesung eines Kindes zuhause vorgesehene Dauer von maximal 21 Taggelder bei entsprechendem Bedarf verlängerbar sein müsse. **SGB, Inclusion Handicap, Procap** und **Pro Familia** weisen darauf hin, dass die Änderung eine Anpassung im Obligationenrecht (OR) beim Urlaubsanspruch notwendig macht.

**Agile, SHG, EKF, IGAB, SGB-FSS, EFS, Inclusion Handicap, Insieme Aarau-Lenzburg, Insieme Biel Seeland, Insieme Cerebral GR, Insieme Cerebral ZG, Insieme GE, Insieme JU, Insieme BE, Insieme Rapperswil-Jona, Insieme SH, Insieme Suisse, Insieme Thun Oberland, Insieme UR, Insieme VS, Insieme VD, Insieme Zürcher Oberland, Procap, Pro Familia, Pro Infirmis und SBLV** schlagen vor, die Definition des Spitalaufenthaltes so zu formulieren, dass auch stationäre medizinische Aufenthalte (Reha und Psychiatrie) einen Anspruch auf Betreuungsentschädigung begründen können. **Agile, SHG, IGAB, SGB, Inclusion Handicap, Insieme Aarau-Lenzburg, Insieme Biel Seeland, Insieme Cerebral GR, Insieme Cerebral ZG, Insieme GE, Insieme JU, Insieme BE, Insieme Rapperswil-Jona, Insieme SH, Insieme Suisse, Insieme Thun Oberland, Insieme UR, Insieme VS, Insieme VD, Insieme Zürcher Oberland, Procap, Pro Familia und Pro Infirmis** schlagen vor, den Spitalbegriff breit auszulegen und die gleiche Definition wie im Kreisschreiben über Hilflosigkeit zu verwenden.

**EKF, EFS** und **SBLV** möchten die Vorlage dahingehend präzisieren, dass jeder Spitalaufenthalt nach der Geburt eines Kindes, der ärztlich indiziert ist, eine Leistungspflicht auslösen muss.

**Pro Infirmis** spricht sich für eine unkomplizierte und unbürokratische Umsetzung der Leistungen aus. **Agile, SHG, IGAB, SGB-FSS, Insieme Aarau-Lenzburg, Insieme Biel Seeland, Insieme Cerebral GR, Insieme Cerebral ZG, Insieme GE, Insieme JU, Insieme BE, Insieme Rapperswil-Jona, Insieme SH, Insieme Suisse, Insieme Thun Oberland, Insieme UR, Insieme VS, Insieme VD, Insieme Zürcher Oberland, Procap, Pro Familia, Pro Infirmis** und **SBLV** fordern, dass die verschiedenen Anspruchsgrundlagen der Betreuungsentschädigung die Umsetzung nicht erschweren sollen und schlagen vor, für beide ein einziges Anmeldeformular zur Verfügung zu stellen.

#### 4.2.7 Koordinationsregeln

##### **Weitere Organisationen und andere Vernehmlassungsteilnehmende**

**SGB-FSS, Procap** und **Pro Familia** begrüßen, dass der andere Elternteil die Betreuungsentschädigung auch während des Mutterschaftsurlaubs oder des Urlaubs des andern Elternteils soll beziehen können. Allerdings helfe die geplante Verbesserung den Eltern nur dann, wenn der Bezug direkt nach der Geburt wegen einer Erkrankung oder Frühgeburt möglich ist, da sich die Frage der Koordination der Entschädigungen in der Zeit nach der Geburt stelle.

#### 4.3 Stellungnahmen zu den Bestimmungen

##### **Kantone**

**GE** begrüsst Artikel 16<sup>m</sup><sup>bis</sup> E-EOG, der es den Kantonen ermöglicht, die Leistungen des andern Elternteils grosszügiger auszugestalten. **GE** ist der Ansicht, dass Artikel 329g Absatz 1 OR angepasst werden muss, um nicht nur den zweiwöchigen Urlaub des andern Elternteils abzudecken, der über die EO entschädigt wird, sondern auch die Urlaube, die über kantonale Regelungen mit einer längeren Deckung gemäss neuem Artikel 16<sup>m</sup><sup>bis</sup> EOG entschädigt werden könnten. **GE** schlägt vor, Artikel 329g Absatz 1 OR wie folgt zu ändern: «Anspruch auf den Urlaub des andern Elternteils von mindestens zwei Wochen hat» und nach Buchstabe b zu ergänzen: «Vorbehalten bleiben längere Urlaube des andern Elternteils, die gemäss Artikel 16<sup>m</sup><sup>bis</sup> EOG entschädigt werden».

##### **Weitere Organisationen und andere Vernehmlassungsteilnehmende**

**SGB-FSS, Inclusion Handicap, Procap** und **Pro Familia** schlagen vor, Artikel 16<sup>o</sup><sup>bis</sup> Absatz 2 E-EOG wie folgt zu ändern: «Erfolgt der Spitalaufenthalt direkt nach der Geburt und dem damit in Zusammenhang stehenden üblichen Spitalaufenthalt und dauert ab Geburt mindestens vier Tage, besteht der Anspruch ab dem 4. Tag».

**Agile, SHG, IGAB, Insieme Aarau-Lenzburg, Insieme Biel Seeland, Insieme Cerebral GR, Insieme Cerebral ZG, Insieme GE, Insieme JU, Insieme BE, Insieme Rapperswil-Jona, Insieme SH, Insieme Suisse, Insieme Thun Oberland, Insieme UR, Insieme VS, Insieme VD, Insieme Zürcher Oberland** und **Pro Infirmis** schlagen vor, in Artikel 16<sup>o</sup><sup>bis</sup> EOG einen neuen Absatz 3 einzuführen: «Verlängert sich der Spitalaufenthalt des Kindes nach der Geburt, so besteht der Anspruch auf die Entschädigung». **EKF** und **SBLV** sprechen sich für folgenden Passus aus: «Verlängert sich der Spitalaufenthalt des Kindes nach der Geburt aufgrund einer Frühgeburt oder einer Erkrankung, so besteht ein Anspruch auf Entschädigung». **FMH** und **Expertengruppe Kinder- und Jugendmedizin** schlagen folgende Formulierung vor: «Verlängert sich der Spitalaufenthalt nach der Geburt aufgrund einer Frühgeburt oder einer Erkrankung, so besteht der Anspruch auf die Entschädigung».

**Agile, SHG, IGAB, FMH, Insieme Aarau-Lenzburg, Insieme Biel Seeland, Insieme Cerebral GR, Insieme Cerebral ZG, Insieme GE, Insieme JU, Insieme BE, Insieme Rapperswil-Jona, Insieme SH, Insieme Suisse, Insieme Thun Oberland, Insieme UR, Insieme VS, Insieme VD, Insieme Zürcher Oberland, Pro Infirmis** und **Expertengruppe Kinder- und Jugendmedizin** schlagen folgenden Zusatz zu Artikel 16q Absatz 2<sup>bis</sup> E-EOG vor: «[...] In begründeten Fällen kann der Anspruch um jeweils 21 Tage verlängert werden». Für **SGB-FSS** und **Pro Familia** sollte die Formulierung lauten: «[...] In begründeten

Fällen kann der Anspruch um die ärztlich bescheinigte Genesungsdauer verlängert werden». **Procap** und **Inclusion Handicap** fügen ausserdem hinzu: «Der Bundesrat regelt die Anspruchsvoraussetzungen des Bezugs der Taggelder beider Elternteile für den gleichen Tag». **SGB-FSS**, **Inclusion Handicap**, **Procap** und **Pro Familia** schlagen vor, Artikel 329i Absatz 1<sup>bis</sup> OR mit folgendem Zusatz zu ergänzen: «[...] In begründeten Fällen kann der Anspruch um die ärztlich bescheinigte Genesungsdauer verlängert werden».

**SGB-FSS** und **Pro Familia** sprechen sich dafür aus, Artikel 16r<sup>bis</sup> Absatz 1 E-EOG wie folgt anzupassen: «Eltern, die eine Betreuungsentschädigung beziehen, haben Anspruch auf eine Zulage für Betreuungskosten für ihre Kinder unter 16 Jahren, wenn sie mit diesen im gemeinsamen Haushalt leben und den Nachweis erbringen, dass sie während des Zeitraums, der durch den Betreuungsurlaub gemäss Artikel 329i OR<sup>6</sup> abgedeckt ist, an mindestens zwei zusammenhängenden Tagen die zur Wahrung des Kindeswohl erforderliche Kinderbetreuung ~~aus gesundheitlichen Gründen~~ nicht vollumfänglich wahrnehmen konnten und deshalb zusätzliche Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung angefallen sind».

**Inclusion Handicap** und **Procap** schlagen folgende Änderung von Artikel 16r<sup>bis</sup> Absatz 1 E-EOG vor: «Eltern, die eine Betreuungsentschädigung beziehen, haben Anspruch auf eine Zulage für Betreuungskosten für ihre Kinder unter 16 Jahren, wenn sie mit diesen im gemeinsamen Haushalt leben und den Nachweis erbringen, dass sie während des Zeitraums, der durch den Betreuungsurlaub gemäss Artikel 329i OR<sup>6</sup> abgedeckt ist, an mindestens zwei zusammenhängenden Tagen die zur Wahrung des Kindeswohls erforderliche Kinderbetreuung **aus gesundheitlichen Gründen oder aufgrund der Betreuung des gesundheitlich schwer beeinträchtigten oder hospitalisierten Kindes** nicht vollumfänglich wahrnehmen konnten und deshalb zusätzliche Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung angefallen sind».

**Procap** ist der Ansicht, dass die verwirrende Formulierung in Artikel 16r Absatz 3 und 4 E-EOG geändert werden muss.

**SGB-FSS**, **Procap** und **Pro Familia** sprechen sich für folgende Änderung von Artikel 35i Absatz 3 EOV aus: «Die Anmeldung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist **grundsätzlich** über deren Arbeitgeber einzureichen».

Die **EKFF** befürwortet die redaktionellen Änderungen im Zusammenhang mit der Ehe für alle.

## 4.4 Weitere Bemerkungen

### 4.4.1 Umsetzung der vorgeschlagenen Änderungen

#### **Kantone**

**AG**, **BE**, **BL**, **GE**, **SG** und **ZH** beantragen, dass den Durchführungsstellen genügend Zeit für die Umsetzung einzuräumen ist. **ZH** und **VD** betonen, dass die vorgeschlagene sowie jede weitere punktuelle Anpassung des EOG jeweils eine Anpassung des kantonalen Personalrechts erforderlich macht, was entsprechend Zeit benötige. Der Bund hat den Kantonen mehr Vorlaufzeit für die Umsetzung auf kantonaler Ebene zu gewähren. Im Zusammenhang mit der letzten Änderung des EOG erging der Beschluss zur Inkraftsetzung rund fünf Wochen vor dem Inkrafttreten, was für die nötigen Umsetzungsschritte auf kantonaler Ebene beim Weitem nicht ausreichend war. Nach Ansicht von **NW** sind die Anpassungen aus durchführungstechnischer Sicht unproblematisch und können ohne grösseren Aufwand umgesetzt werden.

#### **Dachverbände der Wirtschaft**

Der **SBV** weist darauf hin, dass die Umsetzung der Ausweitung der Betriebszulage in administrativer Hinsicht möglichst einfach gehalten werden soll. Der **SBV** bittet zudem, dass mitarbeitende Familienmitglieder in einem Landwirtschaftsbetrieb ebenfalls Anspruch auf die Betriebszulage haben sollen.

### ***Weitere Organisationen und andere Vernehmlassungsteilnehmende***

Nach Ansicht von **FMH** und **Expertengruppe Kinder- und Jugendmedizin** müssen sich die ärztlichen Atteste auf die Kriterien beschränken, die für die Prüfung der Leistung relevant sind, so dass der Aufwand für die Ärztinnen und Ärzte in den Spitälern und freien Praxen möglichst gering ist und die Durchführungsstellen den Antrag nach Erhalt abschliessend beurteilen können.

## **4.4.2 Finanzierung der vorgeschlagenen Änderungen**

### ***Kantone***

**SG** nimmt zur Kenntnis, dass die Angleichung der EO-Leistungen keine zusätzlichen Finanzierungsquellen erfordern und über die aktuellen EO-Ressourcen finanziert werden können, hält aber fest, dass die langfristige Finanzierbarkeit der EO im Auge zu behalten ist.

**SH** anerkennt, dass die Änderungen über die aktuellen EO-Ressourcen finanziert werden. **SH** erwartet für die Kantone als Arbeitgeber aber dennoch finanzielle Auswirkungen, weil sie die bei der Betreuungsentschädigung nicht durch die EO gedeckten Lohnkosten tragen müssen. Allerdings dürfte dieser Bereich die geringste Ausgabensteigerung insgesamt ausmachen.

### ***Politische Parteien***

**Die Mitte** bewertet es als positiv, dass die vorgeschlagenen Änderungen über die aktuellen Mittel der EO finanziert werden können.

### ***Dachverbände der Wirtschaft***

Der **SBV** unterstützt es, dass die Anpassungen keine zusätzlichen Finanzierungsquellen erfordern und über die aktuellen EO-Ressourcen finanziert werden können.

Der **SGV** verlangt, dass die Angleichung der EO-Leistungen kostenneutral zu erfolgen hat. Die ausgewiesenen Mehrkosten von über 100 Millionen Franken sind aus Sicht des **SGV** viel zu hoch und können so nicht hingenommen werden. Betriebe und Versicherte dürften in naher Zukunft Kosten- und Beitragserhöhungen zu erwarten haben. Für die AHV brauche es aufgrund der Einführung einer 13. AHV-Rente deutlich mehr Mittel, die Familienzulagen sollen erhöht werden, die Finanzierung der familienexternen Kinderbetreuung muss definiert werden, die Taggeldversicherungen würden immer teurer und bei der IV lasse sich eine Sanierung wohl nicht mehr allzu lange aufschieben.

### ***Weitere Organisationen und andere Vernehmlassungsteilnehmende***

Der **FER** weist auf die zusätzlichen Kosten von 100 Millionen Franken hin, die mit Blick auf die Umsetzung der 13. AHV-Rente und die finanziellen Herausforderungen, mit denen die gesamte 1. Säule konfrontiert ist, problematisch sind.

Für **Suissetec** ist es wichtig zu betonen, dass man bei der Erweiterung des Leistungskatalogs der EO in Zukunft zurückhaltend bleiben soll. Die vorliegende Erweiterung könne noch ohne Erhöhung der EO-Beiträge finanziert werden, was aus Sicht von **Suissetec** ein zentraler Faktor ist.

## **4.4.3 Verschiedenes**

### ***Kantone***

**GE, TG** und **UR** schlagen vor, dass das EOG einer Totalrevision unterzogen wird.

Für **GE** braucht es nun Überlegungen zur Schaffung eines Elternurlaubs auf Bundesebene.

## **Weitere Organisationen und andere Vernehmlassungsteilnehmende**

**Agile, SHG, IGAB, SGB-FSS, Inclusion Handicap, Insieme Aarau-Lenzburg, Insieme Biel Seeland, Insieme Cerebral GR, Insieme Cerebral ZG, Insieme GE, Insieme JU, Insieme BE, Insieme Rapperswil-Jona, Insieme SH, Insieme Suisse, Insieme Thun Oberland, Insieme UR, Insieme VS, Insieme VD, Insieme Zürcher Oberland, Procap, Pro Familia, Pro Infirmis** und **SBLV** heben hervor, dass einige Ausgleichskassen trotz ärztlichem Attest und ohne fachliche Kompetenz umfangreiche medizinische Abklärungen machen und damit langwierige Abklärungen auslösen, bevor sie nach Monaten der Unsicherheit die Entschädigung möglicherweise ablehnen. Sie bedauern, dass die sehr unterschiedliche Handhabung der Ausgleichskassen zudem auch zu einer Ungleichbehandlung betroffener Familien führe und fordern, die Rollenteilung zwischen Ärzteschaft und Ausgleichskassen in der Umsetzung stärker zu beachten.

Die **EKFF** erinnert an ihre Empfehlungen zur Einführung eines Elternurlaubs von insgesamt 38 Wochen. Sie plädiert für die Einführung einer Mindestentschädigung für Eltern, die über ein geringes Einkommen verfügen, und empfiehlt eine Grundleistung in Form eines minimalen Taggelds für Eltern, die vor der Geburt nicht erwerbstätig waren. Sie fordert ausserdem einen längeren Entschädigungsanspruch bei einer Mehrlingsgeburt.

**SHG, Insieme Aarau-Lenzburg, Insieme Biel Seeland, Insieme Cerebral GR, Insieme Cerebral ZG, Insieme GE, Insieme JU, Insieme BE, Insieme Rapperswil-Jona, Insieme SH, Insieme Suisse, Insieme Thun Oberland, Insieme UR, Insieme VS, Insieme VD** und **Insieme Zürcher Oberland** bedauern die Beschränkung des Betreuungsurlaubs auf gesundheitlich schwer beeinträchtigte Kinder; erwachsene Personen mit geistiger Behinderung seien im Alltag oft auf Unterstützung angewiesen, insbesondere wenn gesundheitliche Probleme auftreten.

**SGB-FSS, Procap** und **Pro Familia** weisen darauf hin, dass sich unkooperative Arbeitgebende weigern könnten, die erforderliche Bescheinigung für die Anmeldung der Betreuungsentschädigung auszustellen, und so den Beginn des Kündigungsschutzes verzögern.

Nach Ansicht von **Procap** gilt es zu prüfen, ob in Ausnahmefällen der Anspruch auf Halbtage ermöglicht werden könnte.

Für **GastroSuisse** bietet die Revision des EOG eine Gelegenheit, weitere Lücken bei der Erwerbsausfallentschädigung zu schliessen und Lehren aus der Covid-19-Pandemie zu ziehen. So sollten Selbstständigerwerbende und Personen nach Artikel 31 Absatz 3 Buchstaben b und c AVIG (mitarbeitende Ehegatten der Arbeitgeber), die durch eine zeitlich begrenzte behördliche Massnahme wirtschaftlich massgeblich betroffen sind, eine Erwerbsausfallentschädigung erhalten.

## 5. Anhang

### Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden und Abkürzungen

### Liste des participants à la consultation et abréviations

### Elenco dei partecipanti alla consultazione e abbreviazioni

#### 1. Kantone

#### Cantons

#### Cantoni

AG	Staatskanzlei des Kantons Aargau
AI	Ratskanzlei des Kantons Appenzell Innerrhoden
AR	Kantonskanzlei des Kantons Appenzell Ausserrhoden
BE	Staatskanzlei des Kantons Bern
BL	Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft
BS	Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt
FR	Chancellerie d'État du Canton de Fribourg
GE	Chancellerie d'État du Canton de Genève
GL	Staatskanzlei des Kantons Glarus
GR	Standeskanzlei des Kantons Graubünden
JU	Chancellerie d'État du Canton du Jura
LU	Staatskanzlei des Kantons Luzern
NE	Chancellerie d'État du Canton de Neuchâtel
NW	Staatskanzlei des Kantons Nidwalden
OW	Staatskanzlei des Kantons Obwalden
SG	Staatskanzlei des Kantons St. Gallen
SH	Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen
SO	Staatskanzlei des Kantons Solothurn
SZ	Staatskanzlei des Kantons Schwyz
TG	Staatskanzlei des Kantons Thurgau
TI	Cancelleria dello Stato del Cantone Ticino
UR	Standeskanzlei des Kantons Uri
VD	Chancellerie d'État du Canton de Vaud
VS	Chancellerie d'État du Canton du Valais
ZG	Staatskanzlei des Kantons Zug
ZH	Staatskanzlei des Kantons Zürich

**2. Politische Parteien**  
**Partis politiques**  
**Partiti politici**

	Die Mitte Le Centre Il Centro
SVP UDC UDC	Schweizerische Volkspartei Union démocratique du centre Unione democratica di centro

**3. Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft**  
**Associations faitières de l'économie qui œuvrent au niveau national**  
**Associazioni mantello nazionali dell'economia**

	Arbeitgeberverband Region Basel
KFMV SEC SIC	Kaufmännischer Verband Schweiz Société suisse des employés de commerce Società svizzera degli impiegati del commercio
SBV USP USC	Schweizer Bauernverband Union suisse des paysans Unione svizzera dei contadini
SAV UPS USI	Schweizerischer Arbeitgeberverband Union patronale suisse Unione svizzera degli imprenditori
SGV USAM USAM	Schweizerischer Gewerbeverband Union suisse des arts et métiers Unione svizzera delle arti e mestieri
SGB USS USS	Schweizerischer Gewerkschaftsbund Union syndicale suisse Unione sindacale svizzera
	Travail.Suisse

**4. Weitere Organisationen**  
**Autres organisations**  
**Altre organizzazioni**

Agile	Agile.ch
EKFF COFF COFF	Eidgenössische Kommission für Familienfragen Commission fédérale pour les questions familiales Commissione federale per le questioni familiari
EKF CFQF CFQF	Eidgenössische Kommission für Frauenfragen Commission fédérale pour les questions féminines Commissione federale per le questioni femminili
EFS FPS	Evangelische Frauen Schweiz Femmes Protestantes en Suisse

FER	Fédération des entreprises romandes
	Inclusion Handicap
VVAK ACCP ACCP	Schweizerische Vereinigung der Verbandsausgleichskassen Association suisse des caisses de compensation professionnelles Associazione svizzera delle casse di compensazione professionali
IVSK COAI CUAI	IV-Stellen-Konferenz Conférence des offices AI Conferenza degli uffici AI
KKAK CCCC CCCC	Konferenz der kantonalen Ausgleichskassen Conférence des caisses cantonales de compensation Conferenza delle casse cantonali di compensazione
SODK CDAS CDOS	Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales Conferenza delle direttrici e dei direttori cantonali delle opere sociali
Pro Familia	Pro Familia Schweiz Pro Familia Suisse Pro Familia Svizzera
	Pro Infirmis
Procap	Procap Schweiz Procap Suisse Procap Svizzera
SKPE CSEP	Schweizerische Kammer der Pensionskassen-Experten Chambre Suisse des Actuaire-Conseils
SBLV USPF USDOR	Schweizerischer Bäuerinnen- und Landfrauenverband Union Suisse des Paysannes et des Femmes rurales Unione svizzera delle donne contadine e rurali

**5. Andere Teilnehmer der Vernehmlassung**  
**Autres participants à la consultation**  
**Altri partecipanti alla consultazione**

CP	Centre patronal
	Expertengruppe Kinder- und Jugendmedizin Groupe d'experts Médecine pédiatrique Gruppo di esperti in Pediatria
Freikirchen	Freikirchen.ch
	GastroSuisse
	Insieme Aarau-Lenzburg
	Insieme Biel Seeland
Insieme Cerebral GR	Insieme Cerebral Graubünden
Insieme Cerebral ZG	Insieme Cerebral Zug
Insieme GE	Insieme Genève
Insieme JU	Insieme Jura
Insieme BE	Insieme Kanton Bern

	Insieme Rapperswill-Jona
Insieme SH	Insieme Schaffausen
	Insieme Suisse
	Insieme Thune Oberland
Insieme UR	Insieme Uri
Insieme VS	Insieme Valais
Insieme VD	Insieme Vaud
	Insieme Zürcher Oberland
IGAB CIPA CIFC	Interessengemeinschaft Angehörigenbetreuung Communauté d'intérêts Proches aidants Comunità di interesse Familiari curanti
SHG ASH	Schweizerische Hämophilie-Gesellschaft Association Suisse des Hémophiles Società Svizzera Emofilia
SKG CSDE CSP	Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten Conférence suisse des délégué·e·s à l'égalité Conferenza svizzera delle/dei delegate/i alla parità
SGB-FSS SGB-FSS SGB-FSS	Schweizerischer Gehörlosenbund Fédération Suisse des Sourds Federazione Svizzera dei Sordi
	Suissetec
FMH FMH FMH	Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte Fédération des médecins suisses Federazione dei medici svizzeri